

DIE LESER BESTIMMEN DAS THEMA: HEUTE GEHT ES UM MÖGLICHE FOLGEN EINES UNFALLS IM AKW UNTERWESER

Wie die Region die Katastrophe überlebt

Auch die zivile Nutzung der Kernkraft ist ein Spiel mit dem Feuer. Seit der Katastrophe im japanischen Fukushima weiß jeder, dass doch sein kann, was nicht sein darf. Bei einem GAU im AKW Unterweser gilt: Rette sich, wer kann. Wer nicht kann, hat hoffentlich weiße Laken im Haus und einen tiefen Keller.

VON MARTIN WEIN

Acht Zentimeter Papier entscheiden im Ernstfall über Leben und Tod. Zwei Kilogramm Zellulose, die Karl-Heinz Röben in einen roten Leitz-Ordner geheftet hat. „Da steht alles drin“, sagt der Fachbereichsleiter für Ordnung, Schulen und Verkehr im Landkreis Wesermarsch. In seinem Büro im Kreishaus in Brake plant der oberste Katastrophenschutz für den Fall der Fälle. Als Standort-Landkreis haben er und sein Stab das Sagen, wenn das Kernkraftwerk Unterweser in die Luft fliegt. Benachbarte Kreise wie Cuxhaven, Friesland oder die Stadt Bremerhaven folgen ihren Empfehlungen.

„Ein nach westlichen Standards gebautes und genehmigtes Kernkraftwerk kann aus physikalischen Gründen nicht explodieren“, ließ die E.ON Kraftwerke GmbH noch 2008 anlässlich der letzten großen Katastrophenschutzübung die Anwohner in einem Ratgeber für alle Haushalte wissen. Welche physikalischen Gründe das sein sollen, behielt der Betreiber für sich. Lapidar hieß es lediglich, das Kraftwerk sei „technisch so ausgelegt, dass bei allen Arten von Störfällen ein nennenswerter Schaden in der Umgebung der Anlage vermieden werden kann“. Darüber hinausgehende Umfälle seien „nach menschlichem Ermessen“ auszuschließen.

In dieser Sicherheit wiegten sich die Menschen im Nordwesten seit der Inbetriebnahme des Druckwasserreaktors am 6. September 1979. Die Physik hat den Kraftwerksbetreibern in Fukushima nun einen Strich durch die Rechnung gemacht. Den Folgen des Erdbebens und der davon ausgelösten Brände waren auch die modernen Reaktoren nicht gewachsen. Was bei einem vergleichbaren Unfall in Norddeutschland passieren würde, mag sich kein Verantwortlicher ausmalen. Zwar soll die 80 Zentimeter dicke Betonkuppel den Absturz eines Starfighters aushalten. Bei einem Passagierflugzeug etwa würde sie aber kollabieren. Klar ist jedenfalls: Für eine Katastrophe von Fukushima-Ausmaß würde in Deutschland nie geplant.

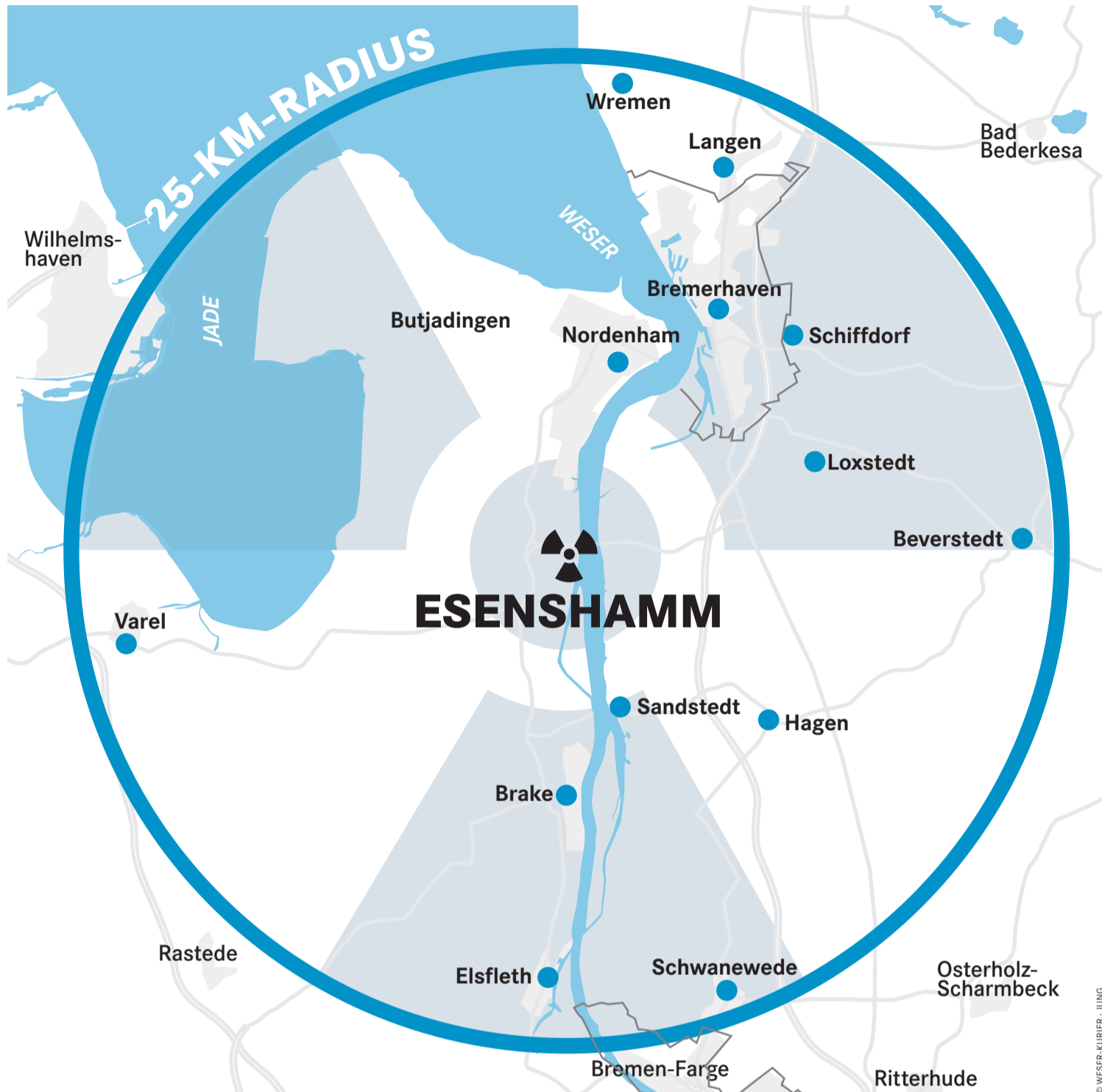
Karl-Heinz Röben und seine Mitarbeiter haben die Region des Kraftwerks in verschiedene Zonen und Sektoren eingeteilt. Es gibt die innere Zone von zwei Kilometern, die mittlere von zehn, die äußere von 25 und die Fernzone von 100 Kilometern. Die Sektoren legen sich wie Tortenstücke rings um den Reaktor und könnten so – je

„Für die Errichtung der Sperrzonen hätten wir rund 48 Stunden Zeit.“

Karl-Heinz Röben, Landkreis Wesermarsch

nach Windrichtung – systematisch versorgt oder gesperrt werden. „Nach aller Kenntnis haben wir dazu rund 48 Stunden Zeit“, sagt Röben. Ein aufjaulender Heulton von einer Minute Länge ist der Startschuss für dieses Szenario. Dann sollen Radio und Fernsehen die Betroffenen näher informieren. Die Schutzpläne halten die Landesbehörden bis dahin streng unter Verschluss. Was so einfach klingt, ist im Detail jedenfalls eine Herkules-Aufgabe. Deshalb haben die Behörden sich beschränkt: Die Stadt Wilhelmshaven, deren Wasserseite 24 Kilometer von Esenshamm entfernt liegt, wurde großzügig in die Fernzone ausgliedert. Sonst hätte man statt für rund 100.000 Menschen nochmals für 80.000 weitere planen müssen. Konkrete Überlegungen zur Evakuierung gibt es ohnehin nur für die mittlere Zone im Umkreis von 10 Kilometern, erklärt Susanne Ripken aus dem Ordnungsamt in Brake, die im Ernstfall im Katastrophenschutz für die Evakuierung zuständig ist. „Allein in diesem Radius müssten 43.000 Menschen die Region verlassen“, sagt sie. In Fukushima zeigt sich, dass diese Zone im Ernstfall sicher nicht ausreichen würde – dort wurde selbst die 20-Kilometer-Zone noch ausgeweitet.

Doch selbst die Mittelzone zu räumen, wäre, gelinde gesagt, schwierig. Die Wesermarsch ist an drei Seiten vom Wasser umgeben – eine echte Falle. Vier Notfallrouten hat der Landkreis deshalb, etwa auch für den Fall einer Sturmflut, dauerhaft ausgeschildert – rund 150 Kilometer Straße. Im Ernstfall würden sie zu Einbahnstraßen erklärt und über Durchsagen und Radiobeiträge benannt. Die Polizei müsste die Zufahrten regeln. „Rettungskräfte würden wir auf anderen Routen ins Gebiet bringen“, sagt Susanne Ripken. Man hofft, ein Großteil der Betroffenen wird sich selbst ins Auto setzen und das Weiße suchen, etwa über die Straße von Butjadingen nach Dickmannshausen oder die Fähre von Blexen nach Bremerhaven, das ebenfalls teil-



weise geräumt werden müsste. Verkehrschaos wäre programmiert.

Wer das nicht kann, solle sich möglichst im Keller aufhalten und ein weißes Bettlaken aus dem Fenster hängen, rät der E.ON-Ratgeber. Hilfskräfte kämen dann vorbei. An der Küste haben viele Gebäude aus Kostengründen keine Keller. Und wer hört heute noch weiße Laken? Jedenfalls möge man im Notfall nicht den Notruf 110 oder 112 wählen, bitten die Behörden in dem E.ON-Ratgeber: „Sie würden nur diese Rufnummer blockieren.“ Für den Transport der unmotorisierten Einwohner, der Schulkinder – sofern die Schulen nicht vorher geschlossen würden – und der Alten hat Röben in seinem dicken Ordner die Mobilnummern örtlicher und überörtlicher Busunternehmen notiert. Die Bahn wird zwar als mögliches Transportmittel im Ratgeber genannt, fährt aber auf der Strecke von Nordenham nach Hude faktisch viel zu nah am Reaktor vorbei.

Selbst im etwas weiter entfernten Friesland macht Röbens Kollege Uwe Nietzsche sich Sorgen: „Ich kann Leute aus Varel ja nicht nach Schillig bringen. Wenn der Wind dreht, sitzen die in der Klemme.“ Nur weite Wege brächten in der geographisch ungünstigen Küstenregion einigermaßen Sicherheit. Über die Evakuierung der Kliniken etwa in Nordenham oder Brake oder der Altenheime mag man im Braker Kreisamt gar nicht erst nachdenken. Das sei Sache der Gemeinden, sagt Susanne Ripken.

Um Zeit zu gewinnen, würden die Behörden vermutlich auch die Ausgabe von Jod-Tabletten anordnen. Diese blockieren die Aufnahme von radioaktivem Jod in der Schilddrüse. Alle Bewohner im Umkreis von 10 Kilometern haben sie im Haus. Für die Bewohner der äußeren Zone halten die Landkreise sie nur für Kinder und Jugendliche sowie für Schwangere bereit. Nachschub müsste per Helikopter aus einem geheim gehaltenen Zentrallager in Süddoldenburg gebracht werden.

Wie in Japan dürften sich auch in Deutschland Einzelne den Durchsagen im Radio, Fernsehen und Internet widersetzen, weil sie um ihren Besitz oder ihr Nutzvieh fürchten. Mit Platzverweisen oder Anordnungen nach dem Gefahrenabwehrrecht könnte man diese Unwilligen kurzfristig zwingen. Längerfristig müsste wohl ein neues Gesetz das Betreten einer Sperrzone verbieten. Katastrophenschutz Röben allerdings macht sich keine großen Illusionen: „In einem solchen Fall geht es um die große Masse. Um Einzelne würden sich die Einsatzkräfte nur kümmern, wenn sie zum Widerstand aufrufen und die Evakuierung behindern. Sonst muss jeder selbst wissen, was er tut.“

Damit der Katastrophenschutz selbst überhaupt arbeiten kann, werden die rund 60 Mitglieder aus der Kreisverwaltung, von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Poli-

zei und Rettungsdiensten, unterstützt durch Meteorologen, Strahlenschutzexperten und Mitarbeiter vom TÜV rechtzeitig vom Kreisamt in Brake ins Lagezentrum im ammerländischen Westerstedde übersiedeln. Der Landkreis Ammerland, der Landkreis Oldenburg und die Gemeinde Lemwerder in der Wesermarsch sind in entsprechenden Verträgen als Aufnahmegemeinden für die Evakuierten bestimmt. Die 441 Einwohner von Kleinensiel etwa, die mit als erste gehen müssten, sollen in den Grundschulen Lemwerder Mitte und Deichshausen sowie in der Turnhalle mit Lehrschwimmbecken unterkommen.

Allerdings müssten viele Personen sich und ihre Fahrzeuge zuvor wohl einer Strahlennormierung und vermutlich auch einer Dekontamination unterziehen. Dafür hat der Landkreis Wesermarsch eine mobile Notfallstation mit diversen Zelten angeschafft, zu der Betroffene zuerst fahren müssten. Dort müssten sie ihre Kleidung ausziehen, sich Hände und Kopf waschen und dann gründlich duschen. „50 bis 60 Personen könnte man wohl in einer Stunde so behandeln“, glaubt Ripkens Kollege Uwe Nietzsche von benachbarten Landkreis Friesland. In einer bundesweiten Umfrage unter Ärzten und Rettungskräften im Auftrag der Bundesregierung hielt sich allerdings nur knapp jeder fünfte Befragte für kompetent, verstrahlte Menschen richtig zu behandeln. Ganz abgesehen von Hunden, Katzen oder Wellensittichen, die Evakuierte mitnehmen sollen. Woher die Verstrahlten anschließend neue Kleidung erhalten, weiß auch Ripken nicht: „Ich hoffe da auf die Kleiderkammer des Roten Kreuzes.“

Auch in den Aufnahmegemeinden

„Zum Unglück kommt meist noch das Pech dazu.“

Uwe Nietzsche, Landkreis Friesland

dürfte die Versorgung ein Riesensproblem werden. Der Handel in Deutschland ist nämlich nur darauf eingestellt, dass maximal ein Drittel der Bevölkerung gleichzeitig einkauft. Wie in Japan wären aber auch hier im Katastrophenfall Hamsterkäufe zu erwarten – und die Versorgungslage wäre schnell prekär. Dazu reicht schon weit weniger: Als etwa 1000 Helfer 1997 im Odebruch die Deiche abdichteten, kam die Versorgung in der Region bereits an den Rand ihrer Leistungskraft.

Was nach der akuten Gefahrenabwehr käme, kann auch der acht Zentimeter dicke Leitz-Ordner von Karl-Heinz Röben nicht beantworten. Nicht nur in den Informationen für die Anwohner, auch in ihren

Plänen gehen die Behörden bislang allenfalls von Evakuierungen für wenige Tage aus. Dass ganze Landstriche über Jahrzehnte unbewohnbar und unbrauchbar sein könnten, hat niemand geglaubt. Wo Zehntausende evakuierter Menschen leben, arbeiten, zur Schule gehen könnten, weiß niemand. Außer Notgepäck und den nötigsten Unterlagen hätten sie vermutlich alles verloren. Zwar haften die Kernkraftwerksbetreiber mit ihrem gesamten Konzernvermögen für die Schäden. Sie müssen dem Hausbesitzer Mietersatz zahlen und seine Einrichtung ersetzen. Auch den Kredit fürs Eigenheim müssen sie bedienen – solange sie selbst noch zahlungsfähig sind. Zunächst wird sich die Deutsche Kernreaktor-Versicherungsgesellschaft (DKVG) in Köln um die Schadensabwicklung bis zu einer Höhe von 256 Millionen Euro kümmern. Doch würde es wohl Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis der Schadensausgleich abgewickelt wäre.

Auch die Infrastruktur der Region würde schweren Schaden nehmen. „Die Weser würde sofort gesperrt“, sagt Katastrophenschutz Karl-Heinz Röben. Ralf Wortke aus der Einsatzabteilung der Wasserschutzpolizei-Zentrale in Oldenburg konkretisiert: „Die Revierzentrale German Bight Traffic in Wilhelmshaven würde den Schiffsverkehr nach Bremen, Bremerhaven, Brake oder Elsfleth weitläufig umleiten. Die Verkehrszentralen in Bremen und Bremerhaven würden die Weser ganz oder teilweise abriegeln.“ Der Jade-Weser-Port läge zwar haarscharf außerhalb der 25-Kilometer-Zone, ein Abtransport der Container per Bahn wäre jedoch unmöglich und damit der Hafen sinnlos. Würde ein Drittel der Bevölkerung aus der Region abwandern, wie es bei einem Super-GAU zu erwarten wäre, bräche das öffentliche Leben ohnehin zusammen, sagen Experten wie Peer Rechenbach, Abteilungsleiter für Katastrophenschutz, Brand- und Bevölkerungsschutz in der Hamburger Innenbehörde.

Auch die Großstadt Bremen wäre von den radioaktiven Substanzen nicht sicher. „Müsste etwa radioaktiv verseuchtes Kühlwasser in Größenordnungen wie in Fukushima in die Weser eingeleitet werden, würde sich das weit verbreiten“, sagt Polizist Wortke. Vor Fukushima gilt ein Meeresgebiet im Umkreis von 50 Kilometern als stark verstrahlt. Der Tidenhub in der Weser ist nach den Flusskorrekturen mit vier Metern enorm. Je nachdem, ob zur Zeit der Einleitung auflaufende oder ablaufende Tide wäre, würde das verseuchte Wasser in die Deutsche Bucht gespült und dort verteilt oder den Bremern direkt in ihre Innenstadt gedrückt.

„Man kann bei aller Planung den letzten Punkt nie ausschließen“, sagt Katastrophenschutz Uwe Nietzsche zum Abschluss. Auch Fukushima lehre: „Zum Unglück kommt meist noch das Pech dazu.“

„Wer wollte dann noch herkommen?“

Landrat zum Risiko an der Unterweser

Auch der Kreis Friesland liegt teilweise innerhalb der 25-Kilometer-Zone um das AKW Unterweser. Zum Umgang mit dem Risiko Kernkraft sprach Martin Wein mit Landrat Sven Ambrosy (SPD). Der Jurist steht dem Kreis seit 2003 vor.

Ein GAU in einem modernen Atomkraftwerk galt bis zur Katastrophe von Fukushima als ausgeschlossen. Trotzdem haben sich die Behörden darauf vorbereitet. Wäre eine solche Situation überhaupt noch zu beherrschen?

Sven Ambrosy: Nein. Dann geht es nur noch darum, die Menschen aus der Gefahrenzone zu bekommen.

Auch die Stadt Varel im Kreis Friesland liegt innerhalb der Außenzone des Atomkraftwerks. Wird Ihnen als Verantwortlichem für den Landkreis da mulmig?

Ja! Als Landrat bin ich für den Katastrophenschutz zuständig. Wenn man weiß, dass es in einem solchen Fall hauptsächlich noch darum geht, dass Schlimmste zu verhindern, dann belastet das die Seele sehr.

Gibt es überhaupt ausreichend Expertise, um diesen Fall handhaben zu können?

In der Theorie ja. Japan zeigt aber, dass in einem solchen Extremfall zum größten Teil nur situativ entschieden und gehandelt werden kann.

Wäre ein geregelter Leben im Kreis Friesland nach einem ähnlichen Unfall wie in Fukushima noch denkbar?

Nein. Selbst wenn man hier noch leben könnte: Unser wichtigster Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus – über 560.000 Gäste mit 3,7 Millionen Übernachtungen und 4,2 Millionen Tagesgästen. Wer wollte dann noch herkommen? Zudem liegen unsere wichtigsten Unternehmen im Südkreis und damit in der ersten Sperrzone. Wer wollte und könnte dann dort noch arbeiten? Unsere regionale Wirtschaft würde nach so einer Katastrophe zusammenbrechen. Und was unseren Lebensraum angeht: Wer wollte hier noch dauerhaft leben?

Wie viel Sicherheit bieten die Katastrophenschutzpläne?

Bei einem solchen Fall wäre das Wort Sicherheit schon falsch gewählt. Dann ginge es ehrlicherweise nur noch um Schadensbegrenzung.

Ist das Risiko durch das AKW Unterweser angesichts dessen vertretbar?

Solange ich politisch denken kann, bin ich gegen Atomkraftwerke. Insofern stellt sich die Frage so für mich nicht. Ich habe nie verstanden, dass es parlamentarische Mehrheiten für einen Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernkraft geben konnte. Nun kann es meiner Meinung nach nur noch darum gehen, dass wir die regenerative Energiewende organisieren. Und zwar so, dass Energie bezahlbar bleibt. Und wir müssen als Region uns auch um Beschäftigungsalternativen für die Angestellten vom AKW Unterweser und der Zulieferer kümmern.



Zur Person
Sven Ambrosy, Jahrgang 1970, studierte an der Uni Hannover Rechtswissenschaften. Ab 2001 arbeitete er als Abteilungsleiter beim Landkreis Friesland. 2003 wurde er zum Landrat gewählt.

Wunschthema für die Seite 3

Liebe Leserinnen und Leser,

heute stellen wir Ihnen wieder drei Themen vor, von denen wir eines am Montag, 16. Mai, veröffentlichten. Sie können entscheiden, welches in die Zeitung kommt. Abstimmen können Sie bis morgen, 10. Mai, 15 Uhr, im Internet, per Telefon, Postkarte oder Mail. Unsere Vorschläge:

1. Die Bürger von Garmisch-Partenkirchen stimmen ab, ob sie für oder gegen die Olympischen Winterspiele in ihrer Gemeinde sind. Was kann der Entscheid bewirken? **Telefon: 0137/ 1000-331**

2. Wunder gibt es immer wieder – als Begründung für Seligsprechungen, in Bern wie auch in Lengede und zu Pfingsten sowieso. Eine kleine Kulturgeschichte. **Telefon: 0137/ 1000-332**

3. Für Millionen Euro ist die Bremer Stadthalle umgebaut worden – in der Hoffnung, internationale Musikstars auf die Bühne zu bringen. Ist das Konzept aufgegangen? **Telefon: 0137/ 1000-333**

Stimmen Sie ab: Per Telefon (Anrufe kosten 14 Cent aus dem Festnetz, Handytarife können abweichen), im Internet: www.weser-kurier.de/bremen, oder Sie schicken eine Karte an den WESER-KURIER, Stichwort: Thema der Woche, Martinstraße 43, 28195 Bremen. Oder schreiben Sie eine Mail an redaktion@weser-kurier.de.